

Bildungspolitisches zur Fastenzeit

Talkrunde mit Vertretern aus der Politik und des BLLV

Volksschule zwischen fördern und sparen



Grundschule –
verwalten oder fördern?

Grundschüler
mit verbessertem
Zeugnis?

Hauptschüler
mit Ausbildungschancen?

Hauptschule –
reformieren oder
schließen?

Es wird mehr gespart als gefördert

BLLV-Talkrunde zu Problemen der Grund- und Hauptschule

Zur traditionellen bildungspolitischen Talkrunde in der Fastenzeit hatte der Kreisverband Oberallgäu des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV) geladen und die Vertreter der Landtagsparteien Heidi Lück (SPD), Eberhard Rotter (CSU) und Adi Sprinkart (Grüne) stellten sich dabei den Fragen der Lehrer aus dem Grund- und Hauptschulbereich. Kreisvorsitzender Herbert Sedlmaier, Rektor in Oberstdorf, leitete die Runde, Bezirksvorsitzender und Rektor aus Immenstadt Wolfgang Knoll vertrat die Lehrkräfte in der Talkrunde. Bemängelt wurde von den Lehrern hauptsächlich das Sparen in allen Bereichen der Grund- und Hauptschulen entgegen dem ständigen Bekenntnis vieler Politiker zu mehr Bildung.

Herbert Sedlmaier mahnte einleitend, dass Sparen in der Grund- und Hauptschule „kontraproduktiv“ sei. Die Grundschule habe mit großen Klassen, Kombinationsklassen aus 1. und 2. Klasse, weiteren Stellenreduzierungen und der ungerechten Schülerkategorisierung in den Zeugnissen zu kämpfen, die Hauptschullehrer hätten von den weiterführenden Schulen die meisten Stunden, die schwierigste Arbeit, die

schlechtesten Bedingungen und die geringste Bezahlung. Wolfgang Knoll nannte die



Grundschule eine ständige Baustelle, noch immer leide sie unter den Problemen beim Übergang vom Kindergarten zur Schule, die frühe Selektion nach der vierten Klasse führe zu einem immensen Druck für Eltern und Schüler. Besonders die Kategorisierung der Kinder nach A,B,C und D demotiviere die C- und D-Kinder und führe den ursprünglichen Gedanken des Fördern ad absurdum. Schülerbeobachtung in diesem Umfang sei nur sinnvoll, wenn auch ausreichend gefördert würde. MdL Eberhard Rotter zeigte sich als Vater eines Viertklässlers mit der Kategorisierung unzufrieden, gab aber zu bedenken, dass die neuen Grundschulzeugnisse von Lehrern im ISB entwickelt worden seien. Er plädierte für die Abschaffung der Kategorisierung. Heidi Lück meinte, dass es in Bayern üblich sei, „Blödsinn“ in der Bildungspolitik trotz besserem Wissen durchzuziehen. Adi Sprinkart meinte zu den Grundschulzeugnissen, dass man Kinder nicht schon in der Grundschule in vier Schubladen stecken sollte. Aus der Lehrerschaft kam zu diesem Thema die Frage auf, ob die

CSU-Fraktion bei solchen Entscheidungen zu wenig Kontrolle gegenüber der Staatsregierung ausübe. Eine anwesende Elternvertreterin gab zu bedenken, dass inzwischen schon Zweitklässler im Zeugnis mit Begriffen wie „teamfähig“ kategorisiert würden, die

dem Jahrhunderte!“ Adi Sprinkart sah beim Sparen in der Bildungspolitik, dass dies zu Lasten der kommenden Generationen geschehe: „Langfristig sind da Investitionen und mehr Lehrer besser, arbeitslose Hauptschüler kommen dem Staat teurer.“ Sprinkart gab auch zu beden-



eigentlich ins Berufsleben gehörten.

Wolfgang Knoll, Rektor der Hauptschule Immenstadt, beklagte beim Thema Hauptschule, dass sich immer weniger Studienanfänger für diesen Schultyp entschieden. „Wir bekommen zu wenige Lehrerstunden, haben keine Möglichkeit ausreichend zu fördern und sind stundenmäßig auf den Hund gekommen – aber keiner tut was“, meinte Knoll. Heidi Lück meinte zur Hauptschule, dass sie es nicht mehr hören könne, dass gespart werden müsste. Außerdem sei die sechsklassige Realschule der Tod jeder Strukturdebatte. Sie plädierte für eine längere gemeinsame Schulzeit, was einen Zuhörer zu einem Vergleich zwischen Staatsregierung und Vatikan veranlasste: „Entscheidungen und Veränderungen brauchen da nicht Jahre, son-

ken, dass ein weiterer Schritt gegen die Hauptschule geplant sei: Nach den Teilhauptschulen seien jetzt auch einzügige Hauptschulen gefährdet. Dadurch würde der ländliche Raum noch weiter ausbluten, die Hauptschule weiter destabilisiert. Heidi Lück sah trotz anders lautenden Lippenbekenntnissen die Bildungspolitik als großes Einsparungsmodell der bayerischen Regierung. Eberhard Rotter konnte diesen Überlegungen nur wenig Argumente entgegensetzen, er berief sich auf den Sparzwang der Staatsregierung. Aus aktuellem Anlass diskutierten die Politiker und Lehrer auch über die Gewalt- und Pornovideos auf Schüler-Handys. Dabei waren sich alle Politiker einig, dass ein Handyverbot der falsche Weg sei. Eine Überprüfung sei für die Lehrer unmöglich. Da müsse schon von Seiten der Gesellschaft und der Eltern



Kreisverband Oberallgäu

was getan werden, meinte Rektor Knoll: „Wie kann es sein, dass die Eltern Verträge für solche Handys unterschrieben und zum Teil monatliche Kosten von 200 Euro akzeptierten?“ Die Schule sei da machtlos.

Auch Rotter lehnte ein Handyverbot ab, ein Handy könne ja in vielen Situationen auch sinnvoll sein. Außerdem seien aus der Schule verbannte Handys in der Freizeit immer noch da. Heidi Lück meinte, dass man der Schule mehr Zeit für die Werteeziehung gebe müsse. Die Staatsregierung täte bei dem Thema, als wenn es ein völlig neues Problem sei. Sprinkart war der Meinung, dass das Problem erst zu lösen sei, wenn man auch im Internet gegen Gewalt- und Pornodarstellungen einschreite. Knoll appellierte an die Eltern: „Solche Videos gehen an einem Schüler nicht spurlos vorbei. Angstzustände, Schlaf- und Essstörungen sind die Folge. Da kann die Schule mit ihrer Pädagogik einpacken!“

Bericht: Matthias Meyer